

Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft gerichtet sind, zugleich aber Regelungen und Institutionen erstreben, die den Vertretern der Politischen Wissenschaft größere Einflußmöglichkeiten im Herrschaftssystem gewähren. Diese Seite der „wissenschaftlichen Beratung“ *der Politik* bleibt jedoch noch bedeutend hinter der Beratung in den naturwissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fragen zurück: Um die „wissenschaftliche Beratung“ der imperialistischen Politik zu verbessern, sind Modelle entwickelt worden, die die differenzierten ideologischen Positionen der verschiedenen Richtungen in der Politischen Wissenschaft Westdeutschlands widerspiegeln.

Das trifft insbesondere für die von Habermas eingeführten Modelle zu. Er unterscheidet das technokratische, das dezisionistische und das pragmatische Modell der „wissenschaftlichen Beratung“ der Politik, *Das technokratische Modell* geht von der Prämisse aus, daß der wissenschaftlich-technischen Revolution ein Zwang immanent sei, dem sich alle gesellschaftlichen Bereiche und Kräfte zu beugen hätten. Diese Auffassung — vor allem von Schelsky vertreten — will an die Stelle der politischen Normen und Gesetze, der Ziele und Interessen der politisch und ökonomisch herrschenden Klasse und der von ihr ausgeübten Gewalt einen imaginären Sachzwang, eine sogenannte Sachgesetzlichkeit treten lassen. Von dieser Position aus wird geltend gemacht, daß an die Stelle des Politikers der Experte, der Technokrat treten müsse, der die diesem „Sachzwang“ adäquaten Techniken der Herrschaftsausübung einzusetzen vermag. Nach Ansicht Schelskys besteht das Problem heutzutage nicht mehr darin, was „zu tun und wie zu entscheiden ist, sondern ... sichtbar zu machen, was sowieso geschieht und was gar nicht zu ändern ist“¹⁴. In diesem technokratischen Modell, das den Experten an die Stelle des Politikers setzt, den Politiker zum Vollzugsorgan der wissenschaftlichen Experten machen will, kommen am unverhüllt testen die extremreaktionären Bestrebungen zur Errichtung totalitärer Herrschaftsformen zum Ausdruck.

Das dezisionistische Modell geht von einer strikten Trennung der Funktion des wissenschaftlichen Experten und des Politikers aus und spricht einer Trennung von Wert- und Sachproblematik das Wort. Unter dieses Grundmodell lassen sich eine Vielzahl von im Konkreten recht unterschiedlichen Auffassungen über die „wissenschaftliche Beratung“ der Politik subsumieren. Sie reichen von der Information ohne Bezug auf irgendwelche praktischen Probleme über die „punktuelle Beratung“ (Popper) bis hin zum „Neubau der Gesellschaftsordnung, aber nicht en bloc, sondern durch schrittweises Vorgehen“ (Mannheim), d. h. bis zum sogenannten dritten Weg. Im Mittelpunkt steht die von Popper geprägte Auffassung, daß eine „wissenschaftliche Beratung“ sich nur durch die „Methode sukzessiver Einzelinterventionen und koordinierter Eingriffe mit begrenzter Zielsetzung“ bewerkstelligen lasse. Dieses sogenannte „piecemeal social engineering“ als Heilmittel zur Beseitigung „einzelner dringlicher Übel“ des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems findet sein praktisches Korrelat in einer Politik, die die Auseinandersetzung mit den Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung umgeht und deren Hauptanliegen „Integration“ genannt werden kann.

Das pragmatische Modell geht davon aus, daß an die Stelle der strengen Trennung der Rollen des wissenschaftlichen Beraters und des Politikers ein kritisches Wechselverhältnis zwischen beiden treten müsse. So soll dieses Modell durch die Diskussion zwischen beiden Seiten geprägt sein und den Charakter eines „Lernprozesses“ tragen.¹⁵

14 H. Schelsky, *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*, Düsseldorf/Köln 1959, S. 125

15 Ein Beispiel für diesen „Lernprozeß“ und die dabei möglichen Stufen der Beratung

gibt Lompe: